

KUNDGEBUNG

20. Mai 2023, 16 Uhr

vor der Landeserstaufnahmeeinrichtung, Müllheimerstr. 7.

Wir demonstrieren vor der LEA Freiburg, weil es sich bei der öffentlichen Einrichtung um einen Ort der sozialpolitischen Ausgrenzung handelt. Dabei spielt das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) eine zentrale Rolle.

Geflüchtete Menschen erhalten dort Sachleistungen, bis auf ein sogenanntes Taschengeld. **Ein selbstständiges Zubereiten von Nahrung ist verboten.** Dies stellt einen intensiven Eingriff in die Selbstbestimmung der Person dar. Aber auch der Einkauf von Lebensmitteln wird verunmöglicht. Denn es wird kein Bargeld für Essen ausbezahlt. Es gibt weder Kochmöglichkeiten noch Kühlschränke. In einem Schreiben an das Regierungspräsidium und an die Stadt Freiburg forderten im August 2022 etwa 1000 Menschen das Recht auf selbstbestimmte Ernährung in der LEA.

Teil des Sachleistungsprinzips sind auch Arbeitsgelegenheiten für 80 Cent/h, die der „Aufrechterhaltung der Einrichtung“ dienen.

Denjenigen, die die Arbeitsgelegenheiten verweigern, drohen Sanktionen. Diese Praxis verletzt das internationale Abkommen über das Verbot von Pflicht- und Zwangsarbeit.

Nach unseren Recherchen erhalten **Geflüchtete in der LEA keine schriftlichen Bescheide über ihre Leistungen.** Die Betroffenen wissen oft nicht, dass sie gegen gekürzte Leistungen Widerspruch einlegen können. Dafür braucht es einen schriftlichen Bescheid. Laut Anwälte*innen sind 90 % aller Bescheide falsch. Des Weiteren gilt mit dem AsylbLG eine eingeschränkte medizinische Versorgung sowie ein langer Sanktionskatalog von fragwürdigen Leistungskürzungen und Verboten.

Kommt zur Kundgebung und solidarisiert euch mit den Bewohner*innen. Wir fordern die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetz und die Schließung der LEA!



Bundesweite Kampagne Aktionswoche 20. - 26. Mai 23 Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!



DEMONSTRATION

26. Mai 2023, 18 Uhr

Freiburg, Platz der Alten Synagoge



Vor 30 Jahren, am 26. Mai 1993, wurde im Deutschen Bundestag nach jahrelangen, von rassistischen Ressentiments geprägten Debatten das im Grundgesetz verbriefte Grundrecht auf Asyl (Artikel 16) durch ergänzende Bestimmungen ausgehöhlt. Zeitgleich wurde das ausgrenzende Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beschlossen. Die auch als „Asylkompromiss“ bezeichneten Gesetzesänderungen erfolgten als Reaktion auf die Eskalation rassistischer Gewalt Anfang der 90er Jahre. Alleine 1990-92 verübten Rechtsextreme 1.129 Brandanschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten, es kam zu Pogromen, u.a. in Rostock-Lichtenhagen.

Das AsylbLG wurde geschaffen, um Asylsuchende sowie abgelehnte Asylbewerber aus der Bundessozialhilfe auszugrenzen. Ihnen wurde das behördlich festgelegte notwendige Existenzminimum abgesprochen. Dies war ein Paradigmenwechsel im deutschen Sozialsystem, denn: Mit Inkrafttreten des AsylbLG am 1. November 1993 galten zwei Menschenwürden in Deutschland! Ab 1994 erhielten Geflüchtete nach dem AsylbLG bis zu 25 Prozent verminderte Leistungen. Diese Praxis wurde erst 2012 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts revidiert, das

eine pauschale Kürzung der Leistungen für verfassungswidrig erklärte und klarstellte: Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht relativierbar!

Trotz dieses wegweisenden Urteils werden Geflüchtete bis heute durch das AsylbLG ausgegrenzt. Neben einer eingeschränkten Gesundheitsversorgung (Behandlung nur in akuten Schmerzfällen) gilt das sogenannte Sachleistungsprinzip. Die ohnehin geringen Leistungen werden nur zum Teil in Form von Bargeld ausbezahlt, so auch in der Freiburger Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA), wo die Bewohner*innen derzeit ein Taschengeld von nur 164 Euro erhalten.

In Baden-Württemberg hat die Unterbringung von Geflüchteten in Sammellagern, wo viele Menschen oft jahrelang nicht arbeiten durften und so zum Bezug von Fürsorgeleistungen gezwungen waren, eine lange Tradition: Die ersten sechs Lager wurden 1980 eingerichtet, eines davon in der Idingerstraße in Freiburg. Der 26. Mai 1993 war ein Erfolg rechter Politik. Mit dem AsylbLG wurde die ausgrenzende Sozialpolitik der 80er Jahre in ein Bundesgesetz gegossen, das bis heute gilt. **Wir fordern die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes!**

Programm der Aktionswoche

Samstag, 20. Mai 2023, 16 Uhr

Landeserstaufnahmeeinrichtung, Müllheimerstr. 7

KUNDGEBUNG

Ausgrenzung beenden. Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!

Sonntag, 21. Mai 2023, 14 Uhr

Treffpunkt Faulerstraße (Parkplatz) mit dem Fahrrad

ANTIRASSISTISCHE STADTRUNDFAHRT

42 Jahre sozialpolitische Ausgrenzung in Sammellagern in Freiburg
Bitte anmelden unter info@asylblg-abschaffen.de

Im Anschluss Siebdruckwerkstatt, Treffpunkt Faulerstraße um 16 Uhr

Montag, 22. Mai 2023, 18 Uhr

Jos Fritz Café, Wilhelmstraße 15 (Spechtpassage)

VERNISSAGE, AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG

42 Jahre sozialpolitische Ausgrenzung in Sammellagern
Die Ausstellung ist bis zum 26. Mai zu sehen. Führungen finden am
Dienstag und Donnerstag um 17 Uhr statt.

Dienstag, 23. Mai 2023, 18 Uhr

Jos Fritz Café, Wilhelmstraße 15 (Spechtpassage)

ERZÄHLCAFE

Geflüchtete berichten über ihr Leben in den Sammellagern

Diese Veranstaltung wird von der Rosa Luxemburg Stiftung
Baden-Württemberg gefördert.

Donnerstag, 25. Mai 2023, 18 Uhr

Jos Fritz Café, Wilhelmstraße 15 (Spechtpassage)

VORTRAG und BERICHTE

Kommerzielle Sicherheitsfirmen werden in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen eingesetzt. Welche Rolle spielen sie bei der Lagerunterbringung? Geflüchtete berichten von den Konsequenzen, wenn der Staat das Gewaltmonopol kommerzialisiert.

Freitag, 26. Mai 2023, 18 Uhr

Freiburg, Platz der Alten Synagoge

DEMONSTRATION

30 Jahre, Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl GG Artikel 16.
30 Jahre Ausgrenzung durch das Asylbewerberleistungsgesetz.

**Schließt euch der bundesweiten Kampagne an.
Bauen wir mächtigen Druck auf! Gegen jede soziale Ausgrenzung!**

Die Teilnahme an den Veranstaltungen und der Besuch der Ausstellung ist kostenlos. Wir freuen uns über Spenden.

Ein Teil des Vorhabens wurde mit Mitteln aus dem Solidaritätsfonds der Hans-Böckler Stiftung finanziert.

Proteste gegen das Asylbewerberleistungsgesetz
in den letzten 30 Jahren



Freiburg 1998



Emmendingen 1994



Karlsruhe 1992



Reutlingen 1995



Freiburg 2011

Freiburger Bündnis Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen.

info@asylblg-abschaffen.de | <https://asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de/>

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG